

## **Stellungnahme Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplanentwurf 2004**

### ***Redemanuskript***

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2004 ist zwar formal ausgeglichen, von seiner Substanz und seinem Inhalt her befindet er sich jedoch in einer beträchtlichen Schieflage. Zum einen liegen die Ursachen dafür in Entscheidungen, die dieses Gremium zu verantworten hat. Darauf werde ich später noch eingehen.

Teilweise liegen die Gründe aber auch auf übergeordneter Ebene. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang nur an die unendliche Diskussion zur Reform der Gemeindefinanzen erinnern oder an die aktuell laufenden Debatten zur vorgezogenen Stufe der Steuerreform.

Mögen diese Entwicklungen aus parteitaktischer Sicht noch ein ganz nettes Spielchen sein, geht es den Gemeinde- und Kreishaushalten mit jeder neuen Verhandlungsrunde, jedem neuen „Reformvorschlag“ und jeder neuen Steuerschätzung nochmals schlechter. Dies ist aus unserer Sicht weit mehr als nur ein Ärgernis, weil mittlerweile wertvolle und gewachsene Strukturen zerstört werden.

Deshalb bewundern wir die Finanzexperten, die auf der Basis nicht konsolidierter Haushalte schon die nächste Steuerentlastung und damit die nächste Chaosrunde der öffentlichen Haushalte einläuten. Wir haben grössten Respekt vor den Tausendsassas dieser Expertenrunden, die vor Selbstvertrauen strotzend gleichzeitig alle Lebensbereiche umorganisieren: Arbeit, Rente, Gesundheit, Bildung, Soziales, Verteidigung, Finanzen... und zur Krönung und als „konstruktiver Beitrag des Landes“ vielleicht noch eine kleine Verwaltungsreform?

Aber Ironie mal Beiseite: Bei einem so umfassenden Reformansatz sind die realen und finanziellen Auswirkungen in Ihren Wechselwirkungen nicht mehr vorherzusagen. Ändert man gleichzeitig alle Subsysteme und Parameter in einem derart komplexen System, werden verlässliche Prognosen mehr als nur schwer fallen. Aus dem allseits und zu Recht beklagten Reformstau wird dann ganz schnell Reformchaos.

Wäre dies ein lustiges Gesellschaftsspiel, könnte man sagen: Schwamm drüber, neues Spiel, neues Glück! Aber die Realität akzeptiert in der Regel kein „neues Spiel“. In manchen Fällen ist die „reformierte“ Struktur nämlich bereits nach der ersten Runde schlicht zerschlagen und unbrauchbar. Wenn Sie, Herr Landrat, in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts 2004 „grosse Besorgnis“ geäußert haben, können wir dies vor dem eben geschilderten Hintergrund nur doppelt und dreifach unterstreichen.

Zunächst einmal gilt unsere Besorgnis der finanziellen Seite des Kreishaushalts: Optimistische Einnahmeansätze, rechnerisch „eingefrorene“ Fallzahlen und zum Zweck des Haushaltsausgleich schlicht weggerechnete Kostensteigerungen, pauschalierte Zuschüsse des Landes, die vermutlich nicht einmal annähernd die realen Kosten decken werden (...). Es gibt wirklich viele solcher Positionen im Haushaltsplanentwurf 2004.

Aber bereits ohne Berücksichtigung dieser Unsicherheiten und „kosmetischen Operationen“ will der Kreishaushalt 2004 keine rechte Freude aufkommen lassen: Steigerung des Verwaltungshaushalts um deutlich mehr als 5 Mio. € auf 130,6 Mio. €, Rückgang des Vermögenshaushalts auf 15,26 Mio. €, eine Nettoinvestitionsrate von nur 320.000 € und eine geplante Kreditaufnahme in Höhe von 3,6 Mio. €. Der Schuldenstand wird dann Ende 2004 bei 36,7 Mio. € liegen und das alles bei erheblichem Personalabbau und gedeckeltem Sach- und Betriebsaufwand.

Neben der rein finanziellen Betrachtungsweise sind die inhaltlichen Aspekte aber mindestens von gleicher Bedeutung: Das aktuelle Finanzvolumen zum Unterhalt von kreiseigenen Einrichtungen liegt beispielsweise eher am unteren Rand des langfristig Sinnvollen. Ein angemessener Substanzerhalt oder gar eine gezielte Aufwertung und Verbesserung der kreiseigenen Vermögenswerte wird bei dem reduzierten Finanzvolumen immer schwieriger werden. Aber der fehlende nachhaltige Aspekt betrifft nicht nur die Bewirtschaftung von Objekten.

Sinnvolle präventive Projekte wie die Schulsozialarbeit treten bestenfalls auf der Stelle. Schadensbegrenzende Massnahmen wie die zügige Erkundung von Altlasten werden ohne Skrupel zurückgefahren. Im Bereich der sogenannten Freiwilligkeitsleistungen wird gekürzt, gespart und gestrichen, egal ob es sich um sinnvolle Massnahmen in den Bereichen Sport, Soziales, Bildung oder Kultur handelt.

Und damit wäre ich bei dem Teil meiner Rede, wo niemand nach Brüssel oder Berlin oder Stuttgart verweisen kann. Es sind die Bereiche des Haushalts, für die dieses Gremium hier die Verantwortung trägt. Die Haushaltsstrukturkommission hat alle nur möglichen Bereiche des Kreishaushalts auf den Prüfstand genommen. Geleitet vom Willen zu deutlichen Einsparungen wurde jedoch nicht lange abgewogen und schon gar nicht vertieft analysiert, sondern es wurde in der Regel ziemlich schnell und brachial der Rotstift angesetzt, was in den letzten Monaten zu einer Vielzahl von Protestbriefen der betroffenen Einrichtungen geführt hat.

Interessant und ziemlich im Kontrast dazu sind dann Tage wie der 5. Dezember 2003. Das war der bundesweite „Tag des Ehrenamts“. Landauf, landab wurde die Arbeit der Ehrenamtlichen gewürdigt. Auch hier in diesem Sitzungssaal fand eine Veranstaltung statt.

Begleitend dazu wurde in der Presse viel über den volkswirtschaftlichen Wert ehrenamtlicher Arbeit geschrieben. Immerhin zwölf Millionen Menschen wenden in Deutschland demnach

jährlich fast drei Milliarden Stunden ihrer Freizeit auf, um sich in Vereinen, Kirchen, Organisationen, Verbänden, Schulen oder Parteien zu engagieren. Durchgängig wurde betont, dass ohne dieses Engagement und ohne diese freiwillige Arbeit viele kulturelle und öffentliche Angebote nicht zu verwirklichen wären.

Überträgt man diese bundesweiten Zahlen auf den Schwarzwald – Baar – Kreis, bedeutet dies für unseren Landkreis fast 8 Mio. ehrenamtliche Stunden pro Jahr, von denen viele in Einrichtungen geleistet werden, die der Kreis bisher in der einen oder anderen Form unterstützt hat.

Solche gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Fakten scheinen aber überhaupt keine Rolle zu spielen, wenn es um die Konsolidierung der Kreisfinanzen geht. Als Rechtfertigung für die Ausblendung dieser Zusammenhänge kommt dann höchstens das, was bei Streichkonzerten immer kommt: Der Landkreis muss sparen, der Landkreis muss sich auf seine „eigentlichen Pflichtaufgaben“ zurückbesinnen, der Landkreis muss als absolut übergeordnetes Ziel „schlanke Strukturen“ schaffen (...).

Hinzu kommt, dass Freiwilligkeitsleistungen in der Regel keine investiven Ausgaben sind und sich viele Mitglieder dieses Gremiums deshalb schon vom Grundsatz her schwer damit tun. Stattdessen fließt das Geld im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen in Betriebskostenzuschüsse, Defizitabdeckungen, Aufwandsentschädigungen und vieles andere mehr. Was also ist die nahe liegende Konsequenz: Rotstift raus und weg damit! Macht 324.455 € Einsparung oder eine Reduktion von 0,2 Prozentpunkten bei der Kreisumlage!

Der Preis, den die Einwohner unseres Kreises für die kurzfristig weggesparten Bereiche bezahlen werden, wird jedoch weitaus höher liegen. Es dürfte unbestritten sein, dass die Wertschöpfung aus ehrenamtlicher Tätigkeit die in der Regel eher bescheidenen öffentlichen Zuschüsse weit übersteigt. Ohne an dieser Stelle auf weitere Einzelheiten eingehen zu können, möchte ich Ihnen schlagwortartig vier wesentliche Gesichtspunkte zu dieser Thematik auflisten:

- Freiwilligkeitsleistungen werden überwiegend im Dienstleistungssektor erbracht.
- Für die praktische Arbeit in diesem Bereich spielen Investitionen eine untergeordnete Rolle. Die Anforderung an die geförderten Einrichtungen besteht vielmehr in der Regel darin, eine möglichst professionelle und gesellschaftlich notwendige Dienstleistung zu kostengünstigsten Bedingungen zu erbringen.
- Die Funktionsfähigkeit und die Zukunftsperspektiven einer Gesellschaft bemessen sich nicht nur nach der Investitionsrate.
- Bei einem der niedrigsten Kreisumlagehebesätze im Regierungsbezirk Freiburg sind die vorgegebenen Kürzungen im Freiwilligkeitsbereich unangemessen und kontraproduktiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihre Aufmerksamkeit jetzt auf ein anderes Thema lenken: Die Krankenhausversorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis. Nach jahrelangen Diskussionen und Verhandlungen in der gemeinsamen Krankenhauskommission scheint jetzt eine Einigung greifbar. Dazu war es notwendig, dass sowohl die Vertreter des städtischen - als auch des Kreisklinikums Zugeständnisse machen. Sollten die vorgeschlagenen Regelungen sowohl vom Gemeinderat der Stadt Villingen-Schwenningen als auch vom Kreistag so beschlossen werden, wird es im nächsten Schritt darum gehen, die vertragsrechtliche Seite in absolut fundierter und belastbarer Form zu gestalten. Dieser Schritt sollte nicht gering geschätzt werden, da von den vertraglichen Regelungen die zukünftigen Gestaltungsspielräume, vor allem aber auch die Rechte und Pflichten der Gesellschafter abhängen werden.

Sie werden es mir und meiner Fraktion sicher glauben, dass uns die Zustimmung zu diesem Schritt nicht leicht fällt. Zu viele Fehler, Versäumnisse und Fehleinschätzungen mussten wir in der Vergangenheit im Krankenhausbereich erleben. Sei es bei der Frage des privaten Managements des Kreisklinikums durch die Sana, das die ursprünglich sehr hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt hat. Oder sei es in verschärfter Form bei der Fusion des Kreisklinikums mit dem Krankenhaus Furtwangen, dem noch vor drei Jahren von den Verantwortlichen eine glänzende Zukunft vorausgesagt wurde.

Vor diesem Hintergrund hoffen wir, dass beim Projekt der kreisweiten Klinikfusion wirklich alle Beteiligten guten Willens sind und solide Arbeit leisten werden. Wir vertrauen darauf, dass alle Vereinbarungen und insbesondere das medizinische Leistungskonzept umgesetzt werden und die Gesellschafter, der neue Aufsichtsrat und der zukünftige Geschäftsführer zu einer gemeinsamen Linie finden werden. Nicht zuletzt wird es darauf ankommen, dass alle – und dazu zähle ich ganz ausdrücklich auch das Personal - die zukünftigen Schritte konstruktiv und kritisch begleiten, um möglichen Fehlentwicklungen bereits im Vorfeld begegnen zu können. Dass mögliche Fehlentwicklungen (z.B. finanzieller Engpass infolge reduzierter Kostenerstattung der Kassen, verminderter Investitionszuschuss des Sozialministeriums, Übernahmeversuch der zukünftigen Klinik GmbH durch einen privaten Träger) nicht ganz von der Hand zu weisen sind, belegt nicht nur das permanente Störfeuer von verschiedenen Seiten, sondern insbesondere auch die finanzielle Situation des Landes. Ich muss deshalb im Namen unserer Fraktion nochmals einen detaillierten Zeit-, Organisations-, Bauzeiten und Finanzierungsplan für das Gesamtkonzept einfordern, der auch baldmöglichst auf dem Tisch liegen sollte. Sonst wird es keine koordinierte Entwicklung der Krankenhausversorgung im Kreis, sondern eine Fahrt ins Blaue geben.

Womit ich bei diesem Stichwort gerne noch ein anderes Thema aufgreifen möchte: Der Ringzug ist zwar ganz passabel gestartet, hat aber an verschiedenen Stellen der Region echte Halte(stellen)-probleme. Ich möchte für unsere Fraktion klarstellen, dass unsere Geduld und

unser Verständnis sich mittlerweile dem Ende zuneigen. Ursache hierfür ist zum einen eine undurchsichtige und nicht nachvollziehbare Informationspolitik der Bauträger. Daneben registrieren wir aber auch die leidigen Umstände für die betroffenen Fahrgäste und befürchten einen Imageschaden, der durch die finanziellen Mehrausgaben infolge Schienenersatzverkehr noch gesteigert werden wird. Um weitere Belastungen für den Kreishaushalt zu vermeiden, sind wir der Meinung, dass unverzüglich Schadensersatzforderungen gestellt werden müssen.

### **Ich komme zur Zusammenfassung:**

Der Haushaltsplanentwurf 2004 ist mutig kalkuliert. Es gibt eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten und Risiken, die in ihrer Summe an der Grenze des gerade noch Akzeptierbaren liegen. Obwohl insbesondere im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen, aber auch bei den Personalausgaben, beim Sach- und Betriebsaufwand und bei den Investitionen deutliche Einschnitte vollzogen wurden, wird dies nach Überzeugung unserer Fraktion bereits mittelfristig nicht mehr zum Haushaltsausgleich ausreichen.

Notwendig sind hingegen eine nachhaltig verbesserte Einnahmesituation durch echte Strukturreformen bei der Kreisfinanzierung, die laufende Überprüfung auf mögliche Effizienzreserven und nicht zuletzt ein gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Gerade dieser Punkt betrifft aber nicht nur die Angestellten und Beamten des Kreises, die sich angesichts der Vielzahl von Sparmassnahmen vermutlich etwas schwer damit tun. Weit mehr trifft dies noch auf all die ehrenamtlichen Helfer, Initiativen und gemeinnützigen Vereine im Landkreis zu, deren Arbeit ein Vielfaches der bisher geleisteten öffentlichen Zuschüsse wert ist. Hier die Brechstange anzusetzen, zeugt - ganz abgesehen von der damit zum Ausdruck gebrachten Geringschätzung dieser Arbeit - nur von wenig Verständnis gerade auch für die finanziellen Relationen.

Vermutlich die weitreichendste Entscheidung diesen Jahres wird im Krankenhausbereich fallen. Eine gemeinsame Klinikgesellschaft in öffentlich rechtlicher Trägerschaft mit professionellem Management und einvernehmlich getragenen Zielvorstellungen ist die Beste Gewähr dafür, dass zukünftig Fehlbeträge vermieden werden können.

Die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 2,6 Prozentpunkte können wir in Anbetracht der Haushaltssituation mittragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle eindringlich an Sie appellieren, nicht wie im vergangenen Jahr das Regierungspräsidium zur Mithilfe beim Haushaltsausgleich zu bemühen. Die Fahrt nach Freiburg war zwar schön, aber bitte bewahren Sie an dieser Stelle das notwendige Augenmass!

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement recht herzlich danken. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.